

Vogtletter

In dieser Ausgabe:

Um die veränderten **Perspektiven des Arbeitsmarktes im Vogtland** geht es auf der nächsten Seite.

Hier kommentiert Rolf Schwanitz zudem die jüngste **Debatte über den Solidaripakt II**.

Mehr Initiative der Landtagsabgeordneten für die **Erhaltung der Kreisfreiheit Plauens** fordert Rolf Schwanitz auf Seite 3.

Die **Deckung des künftigen Fachkräftebedarfs in der Region** ist außerdem Thema auf Seite 3.

Traditionell trifft sich die SPD im Vogtland am **1. Mai im Gasthof Buchwald** an der B 173. Weitere Infos auf Seite 4.

Unterstützenswert: **Rolf Schwanitz finanziert Projekttag** gegen Rassismus. Mehr dazu ist auf Seite 4 zu finden.

Die Seite 5 hält einen Artikel über den **Bürgermeisterkandidaten Christoph Stölzel** bereit und informiert über den Streit bei den **Verwaltungskosten der ARGE im Vogtlandkreis**.

Auf der letzten Seite geht es u. a. um eine **Diskussion über die Gesundheitsreform** und um das **Parlamentarische Patenschaftsprogramm**. Außerdem machen sich hier die **frechen Strolche** Gedanken über die "Rückgabe an die Wettiner!". Und selbstverständlich sind dort auch wieder die Termine der nächsten **Bürger-sprechstunden** zu finden.

Patientenverfügung: Unterschiedliche Vorstellungen prägten die Debatte

Ende März befasste sich der Deutsche Bundestag mit dem Thema Patientenverfügung. In einer mehr als dreistündigen Debatte ging es dabei nicht um einen konkreten Gesetzentwurf, sondern es wurden zunächst die unterschiedlichen Vorstellungen zu diesem schwierigen Thema ausgetauscht. Dabei sprach sich die Mehrheit der über 30 Redner dafür aus, die Verbindlichkeit von Patientenverfügungen gesetzlich zu regeln. Erhebliche Unterschiede gibt es jedoch hinsichtlich der Vorstellungen, inwieweit eine im Voraus getroffene Entscheidung eines Menschen Gültigkeit haben soll. Der Vorschlag der Parlamentariergruppe um den SPD-Rechtsexperten Joachim Stüncker, der auch von der Bundesjustizministerin Brigitte Zypries unterstützt wird, geht davon aus, dass der Wille eines Menschen auch dann uneingeschränkt zu achten sei, wenn er sich selbst nicht äußern kann. Damit soll den Menschen die Angst genommen werden, hilflos und gegen ihren Willen einer Apparatedizin ausgeliefert zu sein. Joachim Stüncker verwies in seiner Rede darauf, dass "circa 7 bis 8 Millionen Menschen in Deutschland eine Patientenverfügung gemacht haben und darauf vertrauen, dass ihre dort getroffenen Bestimmungen auch beachtet und befolgt werden". Allerdings sollte eine solche Verfügung bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Dazu gehören die Schriftform, Volljährigkeit und Geschäftsfähigkeit des Betroffenen und die Aktualität der Verfügung. Außerdem muss dem Betroffenen ein breites Beratungs- und Informationsangebot zur Verfügung stehen. Demgegenüber vertreten der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion Wolfgang Bosbach und andere Abgeordnete die Auffassung, dass eine Patientenverfügung nur dann bindend sei, wenn sie sich auf eine irreversible Krankheit mit tödlichem Verlauf bezieht. Beide Gruppen werden nunmehr entsprechende Gesetzentwürfe vorlegen, über die dann alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages unabhängig von ihrer Fraktionszugehörigkeit zu entscheiden haben.



Auch Bundesjustizministerin Zypries beteiligte sich an der Debatte über die Patientenverfügung
Foto: Deutscher Bundestag

Unter der Schirmherrschaft des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesgesundheitsministerium, Rolf Schwanitz, veranstalteten die Betriebskrankenkassen gemeinsam mit anderen Partnern den Präventions-Wettbewerb "Fit von klein auf" für die Regionen Berlin und Brandenburg. Ziel des Wettbewerbs war es, vorhandene Aktivitäten in Kindereinrichtungen zu sammeln, gute Praxisbeispiele herauszustellen und neue Impulse für einen gesünderen Kindergartenalltag zu geben. Rolf Schwanitz freute sich sehr, die Gewinner, die Kindertagesstätten "Hasenburg" (Berlin) und "Kinderrabatz" (Brandenburg) persönlich auszeichnen zu können.



Rolf Schwanitz bei der Auszeichnung der Sieger

Kinderrabatz und Hasenburg siegen

Region stellt sich dem veränderten Arbeitsmarkt

Die Tage vor und nach Ostern sind für viele Bürgerinnen und Bürger keine Zeit zum Ausruhen. Der Parlamentarische Staatssekretär und SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz nutzte diese Zeit ebenso zu einem intensiven Informations- und Erfahrungsaustausch mit Unternehmen und wichtigen Einrichtungen unserer Region. Sein besonderer Dank gilt in diesem Zusammenhang der Firma Catgut GmbH in Markneukir-

chen, den Firmen Behr Industry GmbH & Co. KG und Vogtland-Kartonagen GmbH in Reichenbach, der Wirtschaftsvereinigung Nördliches Vogtland e.V., dem Bildungsinstitut Pscherer in Lengenfeld, den ARGEN Plauen und Vogtlandkreis, der Agentur für Arbeit und vor allem der Regionalkammer der IHK Plauen. Wichtigstes Thema dieses Besuchsmarathons war der sich wandelnde Arbeitsmarkt.

"Wir reden seit Jahren über den demographischen Wandel. Jetzt stecken wir auch beim Arbeitsmarkt im Vogtland mittendrin",

so Schwanitz zu Beginn seiner Gespräche. Natürlich ist gerade jetzt die betriebliche Erstausbildung das Gebot der Stunde. Die Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft muss deshalb ein zentraler Punkt in den strategischen Überlegungen der Betriebe und Kammern sein. Insgesamt muss es jedoch auch darum gehen, den Bereich regionale Wirtschaft und Schule enger als bisher miteinander zu verbinden. Bei der Firma Behr Industry GmbH in Reichenbach zum Beispiel ist dies schon heute ein wichtiges Anliegen vorausschauender Personalpolitik. Dieser moderne und erfolgreiche Hersteller vom Motorradteilen, Kälte- und Klimatechnik veranstaltet Betriebsbesichtigungen, Praktika und Elternabende und fördert so langfristig das Interesse von Schülern und Eltern. Grundlage hierfür sind Kooperationsverträge mit Schulen der Region. Solche Formen der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Schulen sind sinnvoll und sollten in noch größerem Umfang im gesamten Vogtland zur Anwendung kommen.



Zu Besuch bei der Behr Industry GmbH & Co. KG

Kurz kommentiert

Eine Phantomdebatte?

Keiner weiß es genau, zum wievielten Mal sie durch die Medien tobt, die Debatte um den Aufbau Ost. Tatsächlich scheinen solche Diskussionen regelmäßig aufzutauchen auf der politischen Wetterkarte, gerade so wie anderswo die Regenzeit oder das Hochwasser nach dem Winter. Die Routinen laufen ab. Jeder kann sich dabei profilieren und wehe dem, ein ostdeutscher Amts- und Würdenträger zeigt nicht die richtige Abwehrreaktion. Wenn nun von einer Phantomdebatte gesprochen wird, so kommt dies der Realität sehr nahe. Denn tatsächlich kann keiner im Westen den wichtigen Solidarpakt II aufkündigen und will es wahrscheinlich auch nicht. Ein doppeltes Fazit hält die aktuelle Debatte dennoch bereit. Klar sein muss zum einen, dass es einen dritten Solidarpakt nicht gibt. Längst nicht alle Länder im Osten haben diese Erkenntnis wirklich erlangt und die richtigen Konsequenzen für ihre Politik daraus gezogen. Und zum anderen ruft die Debatte nach einem politischen Strategiewechsel. Denn längst überfällig ist neben dem Solidarpakt der Wechsel von einer ostdeutschen zu einer gesamtdeutschen Regionalpolitik.

Rolf Schwanitz



Neue Chancen für Langzeitarbeitslose

Interessante Entwicklungen zeichnen sich auch im schwierigen Geschäft der ARGEN der Stadt Plauen und des Vogtlandkreises ab. Das betrifft sowohl die Förderung von Jugendlichen mit erheblichen Vermittlungshemmnissen als auch die Beschäftigungschancen Älterer. Mit großem Engagement und erheblichen sozialpädagogischen Hilfen widmen sich die ARGE Plauen und beauftragte Träger Jugendlichen mit erheblichen Vermittlungshemmnissen. Ohne diese Unterstützung hätten diese oft keinerlei Chance auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz.

Wie Jugendliche wieder in einen geregelten Tagesablauf zurückfinden, sich selbst erproben, wichtige Motivation für die nächsten Schritte gewinnen oder Schulabschlüsse nachholen können, ist im Projekt "Streetwork", der Plauener Aktion "Beruf" (PLAN"B") und im Projekt "Hauptschulabschluss" mit Händen zu greifen. Den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Träger FAW, Euro-Schulen, FÖG und Volkssolidarität sowie der ARGE Plauen gilt hierfür ein besonderer Dank. Auch für ältere Arbeitsuchende, die in der Vergangenheit kaum Chancen am Arbeitsmarkt

hatten, sind im Vogtlandkreis ermutigende Entwicklungen erkennbar. Das Projekt "Vital ab 50", welches von der Bundesregierung gefördert und gemeinsam von der ARGE Vogtland und dem Bildungsinstitut Pscherer getragen wird, weist dabei in die richtige Richtung. Hier zeigt sich, welche Möglichkeiten bei intensiver Betreuung der Arbeitsuchenden und betriebsnaher Vermittlung tatsächlich bestehen. Entscheidend wird deshalb sein, wie es künftig gelingt, diese positiven Erfahrungen in das tägliche Vermittlungsgeschäft der ARGEN zu übertragen.

Das Gebot der Stunde

von Rolf Schwanitz

Die Kampagne für ein kreisfreies Plauen läuft auf vollen Touren. Politik, Medien und Bürgerschaft engagieren sich kräftig und vernehmbar. Dennoch ist die Passivität und Stille unserer Vertreter im Landtag alarmierend. Es ist naiv und unprofessionell, bis zum Kabinettsbeschluss im Mai lediglich auf die Regierung und danach auf die Abstimmung unserer Abgeordneten zu starren. Wer so ver-

fährt, hat vom politischen Geschäft wenig Ahnung, denn er riskiert am Ende, gar nichts zu erreichen. Die Abgeordneten der Dresdner Koalition sollten wegen der sich abzeichnenden Abstimmungsfälle nicht verzweifeln. In jeder Not liegt auch eine Chance, denn aus der Pflicht zur Entscheidung erwächst auch und gerade ein Recht zum Verhandeln und das schon jetzt. Deshalb sollten unsere Abgeordneten von

CDU und SPD die Initiative ergreifen und mit dem Innenminister ernsthaft darüber reden, wie der Gesetzentwurf verändert werden muss, damit er im Herbst ihre Zustimmung erhalten kann. Hier liegt der Hebel zur Durchsetzung des vogtländischen Weges und zum Erhalt der Kreisfreiheit Plaueus. Solche Gespräche sind jetzt angezeit, geräuschlos wenn nötig und sinnvollerweise vor der Kabinettsentscheidung über den Gesetzentwurf im Mai. Nicht Aussitzen, sondern Verhandeln ist das Gebot der Stunde! Wird diese Chance vertan, bliebe zum Schluss nur der Weg zum Sächsischen Verfassungsgericht. Sich darauf vorzubereiten ist richtig. Noch besser jedoch ist die Entscheidungsmacht des Abgeordneten jetzt aktiv zu nutzen.

Kurz gemeldet

Versicherungsschutz für alle: Ganz Deutschland wird krankenversichert

Am 1. April trat die Gesundheitsreform in Kraft. Sie sorgt dafür, dass alle Menschen, die ihren Krankenversicherungsschutz verloren haben, wieder in ihre ehemalige Krankenversicherung zurückkehren können. Ehemals gesetzlich Versicherte können sich seit dem 1. April 2007 wieder versichern lassen. Ab dem 1. Juli 2007 haben dann auch ehemals privat Versicherte ein Rückkehrrecht.

Alle wichtigen Informationen zum Thema finden Sie unter

www.die-gesundheitsreform.de

Wo kann ich mich künftig krankenversichern? Neue Hotline unter 01805 - 99 66 01

An wen muss ich mich wenden? Wie hoch sind die Beiträge? Alle Fragen zum Versicherungsschutz beantwortet das Bürgertelefon des Bundesgesundheitsministeriums mit einer eigenen Servicenummer. Unter 01805 - 99 66 01* erhalten Ratsuchende persönliche und kompetente Beratung zu allen Fragen rund um den Versicherungsschutz. Das Serviceangebot reicht von der Vermittlung der gesetzlichen Grundlagen über die Information über mögliche gesetzliche Ansprüche bis hin zur Vermittlung von Adressen und Ansprechpartnern.

Das Bürgertelefon ist Montag bis Donnerstag von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr und Freitag von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr zu erreichen. Weitere Informationen finden Sie unter

www.die-gesundheitsreform.de

(*gebührenpflichtig)

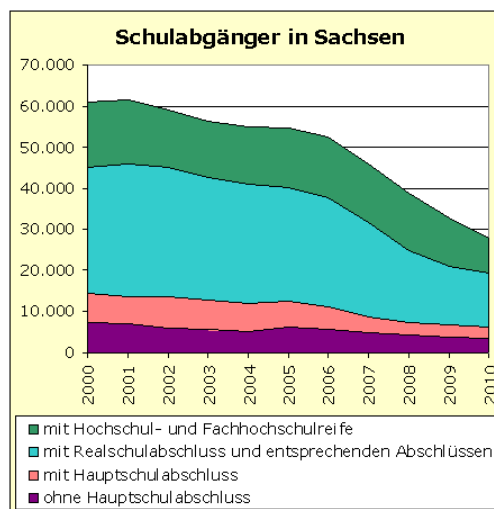


Frühzeitige Berufsorientierung

Um den künftigen Fachkräftebedarf durch Schulabgänger der Region decken zu können, ist es notwendig, dass die Beteiligten mehr als bisher den Kontakt zueinander suchen und auch in den Schulen ein stärkeres Bewusstsein für die Bedeutung des Wissens über die regionale Wirtschaft entsteht. Die Einführung von Berufswahlpässen für Schüler an den Schulen des Vogtlandes ist dafür ein später, aber richtiger Schritt. Die neuesten Ergebnisse von Schülerbefragungen in benachbarten Regionen zeigen jedoch klar, dass die Orientierungsdefizite noch immer erheblich sind. Das Wissen der Schüler, Lehrer und Eltern über die Produkte und Unternehmen der Region ist unterentwickelt und oft nicht aktuell. Fehlorientierungen bei Schülern, zum

Beispiel auf eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst, und ein über Jahre gepflegtes negatives Denken über die eigene Region, ihre Wirtschaft und die Fertigungsberufe sind meist noch weit verbreitet. So wird der Blick auf interessante Entwicklung- und Beschäftigungschancen in der Region eher verstellt. Deshalb sollte das Wissen über die regionale Wirtschaft stärker als bisher innerhalb und außerhalb von Schule und Unterricht befördert werden. "Wir brauchen mehr fachüber-

greifendes Denken im Sinne einer regionalen Wirtschaftskunde", so Schwanitz in der Diskussion mit vogtländischen Unternehmen. Auch Werksbesuche, Praktika, Ferienarbeit, das Vorstellen von Betrieben sowie Berufsbilder und -perspektiven in der Schule können dabei helfen.



1. Mai im Gasthof Buchwald



Der 1. Mai ist in der Geschichte der Sozialdemokratie tief verwurzelt. 1890 wurde der Tag erstmalig mit Massenstreiks und Demonstrationen begangen, um für die Einführung des Acht-Stunden-Tages zu kämpfen. Zwar erst- und einmalig 1919 auf Initiative der SPD als gesetzlicher Feiertag begangen, wurde der 1. Mai erst ab 1933 durch die Nationalsozialis-

ten dauerhaft als gesetzlicher Feiertag eingeführt. Einen Tag nach der Einführung stürmten die Nazis die Gewerkschaftshäuser und verboten die Gewerkschaften. In der DDR wurde der 1. Mai als "Internation-

aler Kampf- und Feiertag der Werktätigen für Frieden und Sozialismus" begangen. Die Teilnahme an der Demonstration war für Betriebe und Schulen im Allgemeinen eine Pflichtveranstaltung, die Losungen wurden vorgegeben, das Regime feierte sich selbst. Ein "Kampftag" ist der 1. Mai für viele nicht mehr, auch nicht für die vogtländische SPD. Hoch aktuell

sind jedoch noch immer die Forderungen nach einer gerechten Arbeitswelt. Nach wie vor verdienen Frauen weniger als ihre männlichen Kollegen. Sollte vor 100 Jahren der Arbeitslohn satt machen, so stellt sich heute die Frage nach Löhnen, die ein Leben in Würde ermöglichen. Wer acht Stunden arbeitet, sollte auch davon leben können. Deswegen setzt sich die SPD aktuell für einen branchenorientierten Mindestlohn ein. Die vogtländische SPD trifft sich zum 1. Mai um 14 Uhr im Gasthof Buchwald an der B173 (Autobahnabfahrt Treuen in Richtung Netzschkau).

Schwanitz finanziert Projekttag

"Schublade offen – am Anfang war das Vorurteil" – so ist der Titel eines Projekttag, der am 4. April mit Schülerinnen und Schülern zweier Klassen im berufsvorbereitenden Jahr an der Adolph-Kolping-Schule durchgeführt wurde. Der Projekttag ist ein Angebot des Netzwerks für Demokratie und Courage (NDC). Ein Team aus zwei beim NDC aktiven jungen Leuten

nimmt mittels interaktiver und spielerischer Methoden gemeinsam mit den Jugendlichen Vorurteile unter die Lupe, klärt, was hinter den Begriffen Diskriminierung und Rassismus steckt, und verdeutlicht dies mit Beispielen aus dem Alltag. Darüber hinaus ging es im Projekttag um Ursachen von Flucht und Migration und die Situation von Flüchtlingen in Deutschland. Und nicht zuletzt wurde darüber diskutiert und anhand von Alltagsbeispielen ausprobiert, wie

man in Notsituationen selbst Courage zeigen und anderen helfen kann. Unterstützt wurde der Projekttag vom Bundestagsabgeordneten und Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium Rolf Schwanitz. Er erklärte sich bereit, aufgrund knapper Projektmittel die Finanzierung von insgesamt drei Projekttagen in seinem Wahlkreis zu übernehmen. "Mit diesen Projekttagen werden die Jugendlichen stark gemacht gegen die Verführungen des Rechtsextremismus", so Rolf Schwanitz. Weitere Projekttage

Alltag vor 20 Jahren:

Ehrenname an ZV-Formation verliehen

Werner Schweigler zollte Lob

Am 27. März war vor der Kurt-Helbig-Sporthalle die ZV-Formation der Konsumgenossenschaft Stadt und Kreis Plauen zu einem feierlichen Appell angetreten. An dem Appell nahmen Ehrengäste des Bezirkes sowie des Stadt- und Landkreises unter Leitung des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung, Werner Schweigler, teil. Der ZV-Formation wurde in Anerkennung vorbildlicher Leistungen und Ergebnisse bei der Erhöhung der Einsatzbereitschaft der verpflichtende Name des Plauener Antifaschisten "Kurt Träger" verliehen.

In der anschließenden Veranstaltung würdigten Werner Schweigler und der Oberbürgermeister Dr. Norbert Martin das langjährige, zielstrebige und erfolgreiche Wirken dieser Formation der Zivilverteidigung zum Schutze der Bürger und des Reich-tums unseres Volkes.

Quelle: Freie Presse, 5.4.1987

WORT HALTEN IST EHRENSACHE - „FP“-Stafette zu Initiativen in der gewerkschaftlichen Massenkontrolle

März-Planplus wird im April ausgebaut

Esda-Jugendkollektiv sorgt für zusätzliche Bereitstellung gefragter modischer Strumpfwaren

Quelle: Freie Presse, 3.4.1987

Ein Patenschaftsvertrag zwischen drei Partnern unterzeichnet

Einen Patenschaftsvertrag unterzeichneten Vertreter des MLK Plauen, der Patenschule „Clara Zetkin“ und des Grenzausbildungsregimentes „Rudi Arnstadt“. Im Arbeitsprogramm sind solche Punkte enthalten wie die Nachwuchsgewinnung für die NVA, das gemeinsame Begehen von gesellschaftlichen Höhepunkten, Betriebsbesichtigungen und Treff in der Politabteilung des Regimentes. Auch die Beteiligung der Schüler an Sportfesten des MLK und der MMM ist vorgesehen. Vier der besten Schüler werden zum „Fest der Stahlbauer“ ausgezeichnet.

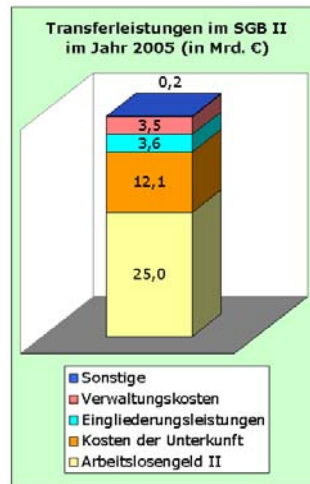
Quelle: Freie Presse, 2.4.1987



Zusammenarbeit fortsetzen!

Einige Irritationen hat im Vogtlandkreis die Kündigung des Vertrags über die Errichtung der ARGE durch die Arbeitsagentur ausgelöst. Wie kam es dazu? Auch in der ARGE müssen die Verwaltungskosten für kommunale Leistungen von der Kommune finanziert werden. Da der Aufwand für eine genaue Aufteilung der Verwaltungskosten erheblich wäre, wurde ursprünglich im Vogtlandkreis vertraglich ein pauschaler kommunaler Finanzierungsanteil von 8,1 Prozent festgelegt. Dies ist nach Ansicht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales aber nicht angemessen. Es hat deshalb den Trägern des SGB II mit Schreiben vom 8. März 2006 angeboten, ohne weitere Nachweise einen pauschalen kommunalen Finanzierungsanteil von 12,6 Prozent zu akzeptieren. Dies ist ein nach-

vollziehbares Angebot, denn bundesweit entfallen mehr als ein Viertel der Ausgaben nach dem SGB II auf kommunale Leistungen, und die Berechnung der Wohnkosten ist oftmals komplizierter und arbeitsaufwändiger als die der übrigen Leistungen des SGB II. Bei den Verhandlungen zur Höhe der Unterkunftskosten sind die Länder im Herbst 2006 sogar von einem kommunalen Verwaltungskostenanteil von 14 Prozent ausgegangen. Die Bundesagentur für Arbeit versucht deshalb, überall dort, wo ein kommunaler Finanzierungsanteil von deutlich unter 12,6 Prozent vereinbart ist, eine Anhebung oder eine Einzelabrechnung zu erreichen. Deshalb soll die entsprechende Vertragsklausel bzw. der Vertrag insgesamt geändert werden. Die vorgenommene Kündigung



würde dagegen zu einer Trennung der Verwaltungen und deren Kosten führen. Dies wäre aber nicht im Sinne der Betroffenen, die dann mit zwei Verwaltungen konfrontiert wären. Deshalb sollte nach Ansicht von Rolf Schwanitz die bewährte Zusammenarbeit fortgesetzt werden: "Im Interesse der betroffenen Hilfebedürftigen sollte jetzt bald eine Regelung zu den Verwaltungskosten gefunden werden."

Kurz gemeldet

Erneuerbare Energien sichern Arbeitsplätze in Ostdeutschland

Bei der Einweihung der neuen Photovoltaik-Anlage der Deutsche Solar AG im sächsischen Freiberg betonte Bundesminister Wolfgang Tiefensee (SPD) die große Bedeutung der Erneuerbaren Energien für die neuen Bundesländer: "Die erneuerbaren Energien haben sich zu einem Wachstumskern entwickelt, der auch in den kommenden Jahren hervorragende Aussichten hat", so Tiefensee. Im Bereich der Photovoltaik konnten sich die neuen Bundesländer mit knapp 30 Unternehmen zu einem führenden Standort entwickeln. Diese Entwicklung wird durch das hohe technologische Niveau in der ostdeutschen Forschungslandschaft und den Unternehmen getragen. Gegenwärtig planen weitere Unternehmen der Branche, in Ostdeutschland zu investieren.

Neue Arbeitsvorschriften im europäischen Kraftverkehr

Seit letzter Woche gelten neue Arbeitsvorschriften für das Kraftverkehrsgewerbe. Berufskraftfahrer müssen jetzt alle zwei Wochen eine Mindestruhezeit von 45 zusammenhängenden Stunden sowie eine längere tägliche Ruhezeit einhalten. Die neuen Arbeitsvorschriften aktualisieren eine zwanzig Jahre alte Gesetzgebung. Das Kraftverkehrsgewerbe hatte über ein Jahr lang Zeit, sich auf die neuen Vorschriften vorzubereiten. Diese gelten – unabhängig vom Zulassungsland der Fahrzeuge – für Beförderungen innerhalb der EU sowie für Beförderungen zwischen der EU, der Schweiz und den Ländern des Europäischen Wirtschaftsraums.

Christoph Stölzel will Bürgermeister von Eichigt werden

Am 6. Mai wählt Eichigt einen neuen Bürgermeister. Die SPD schickt mit Christoph Stölzel einen profunden Kenner der Region ins Rennen. Sein politisches Programm ist an dem Wissen orientiert, dass sich Eichigt in einer finanziellen Notlage befindet. Deshalb hat die Haushaltskonsolidierung Vorrang, wobei der schnellstmögliche Verkauf von nicht genutzten Immobilien an erster Stelle steht. Gleichzeitig will er jedoch die Bedürfnisse der Menschen nicht ignorieren. Auch Sparen sollte Raum für politische Gestaltung und Visionen lassen. Christoph Stölzel setzt sich für die Umgestaltung des Bergener Waldbades zu einem naturnahen Gewässer mit Möglichkeiten

für Camping und Feste sowie die Tiefenbrunner Ortsdurchfahrt (Ortsumgebung) ein. Er steht für mehr Spielplätze, bessere Jugendarbeit, Pflege der Eichigter Gesellschaft und des Brauchtums. Aber auch Bürgernähe gehört zu seinem Konzept. So sollen regelmäßige Ortsbegehungen und Einwohnerversammlungen in allen Ortsteilen zur Normalität werden, Ratssitzungen sollen mit Bürger-Fragestunden beginnen. 1952 geboren, verbrachte Christoph Stölzel seine Kindheit und Jugend in Hundsrain (Windisch-



Mühle) und Freiberg. Der studierte Diplom-Agraringenieur arbeitet heute als Journalist und wohnt in Süßebach. Wer gerne mit Christoph Stölzel ins Gespräch kommen möchte, kann dies am besten am 28. April um 19.30 Uhr im Eichigter Bürgerhaus tun. Hier stellt er einige seiner Bilder aus und steht für einen persönlichen Austausch zur Verfügung.

Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-22777937
Fax: 030-22776937
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13
08523 Plauen
Tel: 03741-134118
Fax: 03741-708486
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

Sie finden mich auch im Internet:

www.rolf-schwanitz.de

Aus dem Terminkalen- der von Rolf Schwanitz:

20.4.2007, 9 Uhr, Konfe-
renz der gesundheitspoliti-
schen SPD-Sprecher in Kiel

20. und 21.4.2007, Klau-
surtagung der SPD-Sach-
sen in Dresden

24.4.2007, 10 Uhr, SPD-
Arbeitsgruppe Gesundheit
in Berlin

24.4.2007, 15 Uhr, SPD-
Bundestagsfraktion in Ber-
lin

25.4.2007, 9 Uhr, Gesund-
heitsausschuss in Berlin

26.4.2007, 13 Uhr, Sympo-
sium des "Gesunde-Städte-
Netzwerks" in Berlin

1.5.2007, 14 Uhr, Veran-
staltung der SPD-Vogtland
zum 1. Mai im Gasthof
Buchwald an der B 173

Die nächste Bürger- sprechstunden:

17.4.2007, 10-15 Uhr
14.5.2007, 10-16 Uhr

Alle Sprechstunden finden
im Plauener Wahlkreisbüro
in der Freiheitsstraße 13
statt. Telefonische Anmel-
dungen unter 03741-
134118.

Gesundheitsreform in der Diskussion

An einem Sonnabendvor-
mittag im März hatte der
VdK-Kreisverband Vogt-
land alle Bundestagsabge-
ordneten des Vogtlandes
zu einer Podiumsdiskussi-
on eingeladen. Unter dem
Motto: "Gesundheitsreform
– was kommt auf uns zu"
stellten sich Rolf Schwanitz
und Joachim Günther den
Fragen der rund 20 Gäste.
Außerdem hatte der stell-
vertretende Landesge-
schäftsführer des VdK
Sachsen, Ralph Beckert,
im Podium Platz genom-
men. Eingangs begrüßte
die VdK-Kreisvorsitzende,
Helga Ernst, die Neurege-
lungen zur Versicherung-
spflicht für alle, zur Erwei-
terung der Pflichtleistun-
gen im Bereich Impfungen
und Rehabilitation, bei der
Betreuung Schwerstkran-
ker und der Öffnung der
Krankenhäuser für die am-
bulante Versorgung. Rolf

Schwanitz betonte, dass
diese Gesundheitsreform
keine Leistungseinschrän-
kungen für die Versiche-
rten mit sich bringt und
auch keine private Zusat-
zversicherung notwendig
sein wird. Allerdings muss-
te die SPD im Zuge der
Verhandlungen Zugestän-
dnisse an die CDU machen,
so zum Beispiel die Mög-
lichkeit zur Erhebung eines
Sonderbeitrages durch die
Krankenkassen. In der Dis-
kussion wurden unter an-
derem Fragen zu Rehabili-
tationsleistungen, Vorsor-
geuntersuchungen, zur
Bonus-Malus-Regelung,
zur unterschiedlichen Be-
handlung von privat und
gesetzlich Versicherten so-
wie zur Facharztversor-
gung im Vogtland gestellt.
Selbstverständlich konnte
Rolf Schwanitz auf alle
Fragen kompetent antwor-
ten.

Mit einem Bundestagsstipen- dium für ein Jahr in die USA

Auch 2008 kann wieder ein
vogtländischer Jugendlicher
im Rahmen des Parlama-
ntarischen Patenschaftspro-
gramms (PPP) mit einem Sti-
pendium des Deutschen

Bundestages für ein Jahr in
die USA reisen. Das PPP wird
vom Deutschen Bundestag
und dem Amerikanischen
Kongress finanziert und soll
das Interesse der jungen
Generation beider Länder für
einander wecken sowie das
gegenseitige Verständnis
fördern. Sowohl Schülerin-
nen und Schülern als auch
jungen Berufstätigen wird
über das PPP ein einjähriger
Aufenthalt in den USA er-
möglich. Sie wohnen in
Gastfamilien und besuchen
eine amerikanische High
School bzw. erhalten die
Möglichkeit, ein Praktikum in
einem Betrieb zu absolvieren
und am Unterricht an einem
Community College teilzu-
nehmen. Die Schülerinnen
und Schüler müssen zum
Zeitpunkt der Ausreise
(31.7.08) zwischen 15 und
17 Jahre alt sein (Geburts-



Freche Strolche



He Maxe, wo willst'n hi mit
dem Transparent?

Komm doch mit Moritz, ich
fahr zur Demo nach Bad
Elster.

Was'n für ne Demo Maxe,
worum gehts'n da?

Steht doch bei mir oben
druff „Rückgabe an die
Wettiner!“

Was'n für ne Rückgabe Ma-
xe?

Na du liest wo überhaupt
nisch Moritz. Die woll'n
doch ihr altes Eichndum
wiederham Moritz un suchn
jetzt überall nach alde
Schmuckstücke.

Un warum fährtste da aus-
gerechnet nach Bad Elster
Maxe?

Na weil da eens is un da
stedt sogar noch deren Na-
me dra.

Was'n füre Schmuckstück
Maxe?

Na glei wennste nei kommst
uff der recht'n Seitn der
Wettiner Hof Moritz. Den
könnse doch sofort wieder
zurückham.

Da hast recht Maxe. Ein
sehr guter Vorschlag!

tage vom 1.8.90 bis
31.7.93). Junge Berufstätige
sollten zu diesem Zeitpunkt
ihre Berufsausbildung abge-
schlossen haben und zwi-
schen 16 und 22 Jahre alt
sein (Geburtstage vom
1.8.85 bis 31.7.92). Ar-
beitslose Jugendliche mit ab-
geschlossener Berufsaus-
bildung können sich eben-
falls bewerben. Das Bewer-
bungsfaltblatt kann im Büro
von Rolf Schwanitz, Frei-
heitsstr. 13, 08523 Plauen,
Tel: 03741-134118 oder per
Mail an rolf.schwanitz@wk.bundestag.de angefordert
werden.